



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler, Gülsenen Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Budget zur Förderung der Kampagne Stadtradeln erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Förderung für die Kampagne Stadtradeln 2020 auf 250.000 Euro aufzustocken und aus dem gegenüber den Vorjahren verfünfachten Ansatz der Sächlichen Verwaltungsausgaben für den Radverkehr (Kap. 09 06 Tit. 547 80) zu finanzieren.

Begründung:

Das Stadtradeln erfreut sich immer größerer Beliebtheit und ist ein wichtiger Bestandteil in der Öffentlichkeitsarbeit für das klimafreundliche und gesundheitsfördernde Verkehrsmittel Fahrrad. Die Kampagne leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende. Immer mehr Kommunen und Teams mit Bürgerinnen und Bürgern beteiligen sich daran.

Die derzeitige Förderung von 90.000 Euro pro Jahr ist nicht mehr ausreichend. Dies belegt die Tatsache, dass das Fördervolumen bereits nach wenigen Stunden vergriffen ist.

Andere Bundesländer fördern ihre Kommunen bei der Beteiligung an der bundesweiten Kampagne Stadtradeln umfassender. Hessen und das Saarland übernehmen alle Teilnahmegebühren der Kommunen komplett. Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ebenfalls, allerdings nur, bis ein Gesamtbudget ausgeschöpft ist. Baden-Württemberg trägt die Gebühren für alle Mitgliedskommunen der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) zu 100 Prozent, für Nichtmitglieder immerhin zu 50 Prozent. Nordrhein-Westfalen unterstützt mit 75 Prozent seine Mitgliedskommunen der AGFK, was dort allerdings ein erheblicher Teil der Kommunen ist.

Im Vergleich dazu ist die bayerische Förderung i. H. von max. 1.650 Euro pro Kommune (das entspricht 100 Prozent Förderung bei Kommunen bis 100.000 Einwohnern) zwar großzügig gedacht, das Gesamtbudget von insgesamt 90.000 Euro bayernweit ist jedoch viel zu klein. Damit können nicht einmal 100 Kommunen unterstützt werden. Tatsächlich haben sich zuletzt jedoch über 200 Kommunen beteiligt, Tendenz steigend. Mit einer ausreichend ausgestatteten Förderung wären es vielleicht auch schon in diesem Jahr mehr Kommunen gewesen.

Ein Anheben auf 250.000 Euro unterstützt unsere bayerischen Kommunen in der Förderung des Fahrrads, des Klimaschutzes und der Verkehrswende und beendet das derzeitige, ungerechte „Windhundprinzip“, das nur die schnellsten Kommunen belohnt.